

## PRESSEMITTEILUNG

### Anwohnerprotest: Offener Brief an Bürgermeisterin Meissner

*Kottgeisering, 11. Februar 2018.* Angesichts der Anfang Februar erfolgten illegalen Baumrodungen eines Grundstücksspekulanten entlang der Johannishöhe erhöhen Anwohner und die örtliche Bürgerinitiative, die sich für den naturnahen Erhalt der Johannishöhe und gegen die Vollausbaupläne der Gemeinde stemmen, den Druck auf Kottgeiserings Bürgermeisterin Sandra Meissner.

In einem offenen Brief, den die Bürgerinitiative anlässlich eines Treffens mit der Bundestagsabgeordneten der GRÜNEN Beate Walter-Rosenheimer am Schauplatz der radikalen Abholzung vor über 40 Anwohnern verlas und jetzt auf ihrer Webseite veröffentlichte, fordert die BI Kottgeiserings Bürgermeisterin auf, die kostspieligen weiteren Planungen für den Vollausbau des Waldweges umgehend einzustellen und stattdessen ein Umdenken einzuleiten.

Wolfram Weisse, Sprecher der Bürgerinitiative: „Wir haben hier Specht, Uhu, Kuckuck und von Frühling bis Herbst unzählige Wanderer und Spaziergänger von Nah und Fern, die den besonderen Naturerholungswert der Johannishöhe seit Jahrzehnten kennen und schätzen.“, schwärmt er. „Andere Gemeinden würden hier nicht planieren und versiegeln, sondern sich mit ihren Besonderheiten schmücken und ihre Attraktionen vermarkten.“, so Weisse weiter.

Wulf Noack, Initiator der Bürgerinitiative und Mitunterzeichner des offenen Briefs kann über die Ausbaupläne und Vorgehensweise der Bürgermeisterin nur den Kopf schütteln: „Frau Meissner ist bis heute einen plausiblen Grund schuldig geblieben, warum eine kleine Gemeinde eine Waldstraße großflächig asphaltieren möchte.“ Die teilweise ins Feld geführten Argumente wie mehr Verkehrssicherheit sind seiner Überzeugung nach allesamt vorgeschoben: „Es geht einzig und allein darum, eine noch gültige Übergangsfrist auszunutzen, bei der die Anlieger den Großteil der Kosten übernehmen sollen.“, ist Noack überzeugt.

Wie die Johannishöhe im Falle eines Vollaubaues abgerechnet werden kann ist zwischen Gemeinde und Bürgerinitiative ohnehin umstritten, die Rechtslage ist kompliziert und durch aktuelle Initiativen der Freien Wähler zur Abschaffung der STRABS ohnehin ins Wanken geraten. Ein von der BI in Auftrag gegebenes Gutachten kommt zum Schluss, dass die Johannishöhe bereits Erschließungscharakter hat und damit nicht nach Ersterschließungsbeitragsatzung abrechenbar wäre, die die wenigen Anwohner in diesem Bereich mit 90 Prozent der Kosten in besonderer Weise belasten würde.

Wer wie die Bürgermeisterin die jüngste Abholzung eines Alleeteilstückes der Johannishöhe als „Umweltskandal erster Güte“ bezeichne und sich schockiert darüber zeige, der müsse einen zerstörerischen Vollausbau in einem derart sensiblen und schützenswerten Naturraum, dem weitere Bäume zum Opfer fielen, sofort ad acta legen, sagt BI-Sprecher Weisse. Alles andere sei nicht nachvollziehbar und auch wenig glaubhaft.